

Fenster öffnen

Apartheid und Braindrain kennzeichnen die derzeitige Schullandschaft

Man wirft dem politischen Gegner gerne vor, er sei populistisch. Ganz besonders in Wahlkampfzeiten ist das so. Dabei ist in aller Regel derjenige, der den Vorwurf erhebt, selbst nicht frei von populistischen Machenschaften.

Bezogen auf das, was wir als Streiter_innen für ein gerechteres Schulsystem betreiben, gilt dies genauso, bloß, dass es bei uns vielleicht weniger ausgeprägt und ausgefeilt auftritt als bei den Parteien, die bekanntermaßen Politikberater_innen bis hin zu Marketingstrateg_innen in Dienst stellen, in der Hoffnung, dass deren Vorgehensweisen ihnen einen Vorteil in der Wählergunst verschafft.

Wenn ich unsere Darstellung in Sachen Chancengleichheit durch das gegliederte Schulsystem betrachte, sind wir bekanntermaßen neben der Partei *DIE LINKE* die einzige politische Kraft, die sich vehement gegen das, was unter Schulfrieden verstanden wird und damit zur Aufrechterhaltung des 2-Säulen-Modells beiträgt, wehrt. Aber wie kann es gelingen, die strukturelle Gewalt, die unserem Schulsystem immanent ist, den Bürger_innen zu verdeutlichen, ohne dass sie sich vor den Kopf gestoßen fühlen?

Neben den rationalen Begründungszusammenhängen müssen wir die Menschen mit unserer Argumentation emotional berühren. Jede und jeder kennt seelische Verletzungen und mögen sie noch so verdrängt sein; es bleibt ein Fenster, durch das sie für Unrecht, das anderen angetan wird, ansprechbar sind. Selbst wenn das Gesagte zunächst einmal im Widerspruch zu den ei-

genen Interessen steht. So lässt es niemanden unberührt, wenn davon die Rede ist, dass wir der Hälfte der Kinder im Alter von 10 Jahren sagen, dass sie – weil keine Gymnasialempfehlung – nur zweite Wahl sind! Dass diese Kränkung eine traumatisch zu nennende Spur hinterlässt, die das ganze Leben eine Rolle spielen wird, ist jedem nicht nur verständlich zu machen, sondern berührt oder besser: rührt sie oder ihn. Dass das dann auch noch gesellschaftliche Auswirkungen hat, sollte nicht unerwähnt bleiben. Die Durchschlagskraft dieses zweiten Arguments ist aber weit weniger groß.

Was ich damit sagen will: wir müssen die Argumente in den Vordergrund stellen, die die Menschen emotional erfassen. Wenn dies gelingt, fällt das Argument, dass wir alle vom System des ‚white privilege‘ (s. hlz 3-4/2019, S. 36ff) profitieren, solange wir unsere kulturellen Standards für die einzig wahren und richtigen halten, auf einen vielleicht fruchtbaren Boden. Es mag schwerfallen sich einzugestehen, dass es in der Konsequenz rassistisch ist, wenn ich mein Kind aufs Gymnasium schicke, es also von jenen separiere, die mit anderen kulturellen Standards aufwachsen. Es mag schwerfallen, dass die Entscheidung, aus einem Wohngebiet wegzuziehen, das migrantisch geprägt ist, dazu beiträgt, dass sich die soziale Spaltung in der Stadt vertieft. Deshalb habe ich in dieser Zeitung im Zusammenhang mit dem 2-Säulen-Modell versucht, den Begriff des ‚Brandbeschleunigers der sozialen Segregation‘ als Bild zu etablieren. Alles rennet, ret-

tet, flüchtet – habe ich einmal, Schiller zitierend, im Editorial geschrieben. Ist das nun populistisch?



Auf jeden Fall laden solche Metaphern den politischen Gegner ein, die Argumentation als populistisch zu geißeln. Aber ich denke, der Grad an Populismus ist umso geringer, je mehr realer Gehalt sich in ihm ausmachen lässt. Und der ist an dieser Stelle unzweifelhaft deutlich erkennbar!

Da in den westlich gelegenen Stadtteilen der Stadt und im

übrigen Speckgürtel quasi nur noch das Gymnasium als Einheitsschule existiert, dagegen in den von Armut und Migration geprägten Stadtteilen die Stadtteilschule als mehr oder weniger alleinige Schulform zu finden ist, ist es auch kein Frevel, im Zusammenhang mit der Ausgrenzung, die dem gegliederten Schulsystem eigen ist, von Apartheid und Rassismus zu sprechen. Natürlich sind dies Kampfbegriffe, die ich aber, misst man ihren realen Gehalt bezogen auf unsere Schullandschaft, für gerechtfertigt halte. Und so wenig wie ich die einzelnen Eltern, die ihr Kind aufs Gymnasium schicken, verurteile, da sie sich in einer auf Wettbewerb orientierten Gesellschaft rational entschieden haben, so wenig kann ich ihnen ersparen, sich mit diesem Vorwurf, sie seien rassistisch, auseinandersetzen zu müssen. Es ist ein wechselseitiges Spiel: Einerseits kann niemand von Eltern erwarten, dass sie ihr Kind auf dem Altar einer ehren Idee – nämlich der einer gemeinsamen Beschulung aller Kinder – opfern, solange die durch das 2-Säulen-Modell vorhandene Möglichkeit, das eigene Kind jenseits der Probleme, die mit Armut und Migration verbunden sind, besteht. Andererseits drückt sich die Politik davor, den entscheidenden Schritt zur Einrichtung einer ‚Schule für Alle‘ zu machen aus Furcht vor eben jenen Eltern, die ihre vermeintlichen oder tatsächlichen Privilegien hierdurch gefährdet sehen. Und wie die Realität die Dinge manchmal noch zusätzlich auf den Kopf zu stellen scheint,

Solange die Herkunftsdeutschen die Träger_innen von ‚white privilege‘, sich weigern, ihren Nachwuchs zusammen mit den Kindern von Zugewanderten aufwachsen zu lassen, ist unsere Klassengesellschaft rassistisch zu nennen. JG

lässt sich in den wenigen Gymnasien in den benannten ‚herausfordernden Lagen‘ – so eine Variante des Versuchs, diskriminierende Begriff vermeiden zu wollen – erkennen. Dort passiert nämlich etwas, das wir im ande-

Es mag schwerfallen sich einzugestehen, dass es in der Konsequenz rassistisch ist, wenn ich mein Kind aufs Gymnasium schicke, es also von jenen separiere, die mit anderen kulturellen Standards aufwachsen

ren Zusammenhang als ‚Brain-drain‘ bezeichnen: jener Effekt, der auftritt, wenn Deutschland Fachkräfte aus Ländern abwirbt, die diese mehr als notwendig selbst benötigen.

Auch hier kann man natürlich nicht den Eltern die Schuld geben, aber jede_r, der oder die an der Entwicklung einer Gesellschaft interessiert ist, die sich als eines ihrer obersten Gebote die Menschenwürde auf die Fahne geschrieben hat, ist aufgefordert, sich mit diesen Widersprüchen auseinanderzusetzen. Dies allein vermag im Rahmen eines demokratischen Willensbildungsprozesses die politischen Entscheidungsträger zu einem Umdenken bewegen. Damit dies passiert, sollte uns nicht jedes Mittel recht sein, aber wir sollten alles daran setzen, es jenen, die mit der Logik des systemimmanenten Handlungszwanges ihr Verhalten zu rechtfertigen versuchen, die bequeme Flucht aus der Verantwortung so schwer wie möglich zu machen. Einfacher gesagt: Angreifen da, wo es wehtut! Wo das liegt und was das ist? Man merkt es am besten an sich selbst.

JOACHIM GEFFERS



Foto: hnz